

Fraktionsvorsitzender, Die Linke Löhne

## **Rede zum Haushaltsplan 2018**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

**meine Damen und Herren,**

**„Alle reden vom Wetter. Wir nicht.“,**

**war der Titel einer im Herbst 1966 gestarteten, viel beachteten Werbekampagne der damaligen Deutschen Bundesbahn.**

**Der Slogan, der zu den erfolgreichsten in der Geschichte der ehemaligen Bundesbahn zählt, hob die gegenüber anderen Verkehrsträgern vergleichsweise große Unabhängigkeit der Eisenbahn vom Wetter hervor.**

**Diesen Anspruch würde die jetzige „Deutsche Bahn AG“ heute ganz bestimmt nicht wiederholen.**

**Zu deutlich ist der Verfall der Infrastruktur bei diesem Verkehrsträger.**

**Nicht nur unzureichende Pflege des Pflanzenbewuchses entlang der Bahntrassen, auch Unpünktlichkeit - wachsende Unzuverlässigkeit des Bahnverkehrs und ein bundesweit zu verzeichnender Verfall der Bahnhofsgebäude, so auch in der Stadt Löhne kennzeichnen die Situation.**

**Den Verfall der öffentlichen Infrastruktur, den Die Linke seit Jahren Einhalt zu gebieten verlangt wird hier sehr deutlich.**

**Um unsere Stadt zukunftsfähig zu machen, müssen für den Ausbau der Schulen und Radwege, für die Sanierung der Straßen und Brücken, für Bereitstellung von genügend sauberem Wasser und auch für das Bahnhofsgebäude erheblich mehr Haushaltsmittel bereitgestellt werden.**

**Unsere Städte, wie auch die Deutsche Bahn sind aufgefordert sich den neuen Herausforderungen zu stellen.**

**Wegen der Erderwärmung rechnen Wissenschaftler mit einer einschneidenden Zunahme von starken Stürmen.**

**Die verheerenden Folgen des Klima Chaos werden immer deutlicher.**

**Seit Jahren forderte Die Linke in Löhne auch vor Ort den Umweltschutz zu stärken, eine Energie- und Verkehrswende zu forcieren, dafür mehr Personal in der Verwaltung einzustellen, die wachsenden Aufgaben in einem Umweltamt zusammenzuführen.**

**Ja wir wiederholen unsere Anträge , die wir für den Ausbau der städtischen Infrastruktur und Klimaschutz seit Jahren auf den Weg bringen wollen.**

**Auch wenn Herr Ostermann beklagt, dass von mir so „oft das Gleiche“ kommt, unsere Forderungen sind aktueller denn je.**

**Im übrigen singen Sie Herr Ostermann, wie auch die Mehrheit der anderen Fraktionen seit Jahren das gleiche Lied von der „Schwarzen Null“, die ach so alternativlos sei.**

**Aber das wurde in Löhne einmal anders gesehen.**

**Ich erinnere an den Ratsbeschluss vom 27. September 2012, der einforderte eine Steuer auf große Vermögen einzuführen.**

**Viele andere Städte und Gemeinden und engagierte Persönlichkeiten appellierten ebenfalls für eine Vermögenssteuer:**

**So die Städte Hagen in Westfalen, Bochum, Oberhausen,Herne, Iserlohn, Dortmund,Marburg, Köln, Osnabrück, München, Kiel, Speyer und viele andere.**

**Als Erstunterzeichner der Einzelpersönlichkeiten seien beispielhaft genannt: Berthold Huber , 1. Vorsitzener der IG Metall; Michael Sommer , ehem. Vorsitzender des DGB; Andrea Nahles, damals Generalsekretärin der SPD; Dr. Heiner Geißler, Bundesminister a.D.; Detlev von Larcher, Attac-Rat; Sven Giegold, Wirtschafts und Währungspolitische Sprecher der Grünen; Prof.**

**Rudolf Hickel, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Sahra Wagenknecht und Katja Kipping von den Linken; Prof. Dr. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Rolf Becker, Schauspieler und viele andere engagierte Persönlichkeiten forderten eine Vermögenssteuer.**

**In Deutschland gibt es ein Nettoprivatvermögen von (laut dem Handelsblatt) 6 Billionen Euro bei einer Staatsverschuldung von 2,1 Billionen Euro.**

**Eine Steuer von einem Prozent auf das Nettovermögen (nach Abzug der Schulden) oberhalb eines Freibetrages von 1 Millionen Euro würde etwa 20 Milliarden Euro im Jahr einbringen.**

**Trotz dem ist es nicht dazu gekommen.**

**Große Koalitionen von SPD und CDU/CSU in der Bundesregierung, aber auch Schwarz-Gelbe und Rot-Grüne Landesregierungen haben eine effektive Besteuerung des Reichtums verhindert.**

**Der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer wurde seit Ende der 1990er-Jahre von 53 auf nur noch 42 Prozent gesenkt.**

**Der Körperschaftssteuersatz wurde mit der Unternehmenssteuerreform 2008 von 25 auf 15 Prozent reduziert.**

**Für diese Entscheidung gab es im Volk nie eine Mehrheit, -**

**ebenso wenig wie für die Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland.**

**Für die Heranziehung des Reichtums, wie von den Menschen in unserem Land gewollt, gab es in den Jahren 2013 bis 2017 eine parlamentarische Mehrheit im Bundestag.**

**Eine Rot-Rot Grüne Koalition hätte dies durchsetzen können.**

**Jedoch die Parteiführungen von SPD und Grünen wollten von dieser Chance keinen Gebrauch machen.**

**Das Ergebnis waren die schlechten Wahlergebnisse dieser Parteien und das Erstarken der rechtsextremistischen AFD, die nicht nur wegen den**

wachsenden sozialen Unsicherheiten und der Flüchtlingsfrage ihren Einzug in den Bundestag verdankte.

Für die Finanzplanung der Stadt Löhne bedeutete das Verhindern der Reichtumsbesteuerung, dass ein „Weiter wie bisher“ festgezurr wurde.

Die Fraktionen von SPD und Grünen sahen keine andere Möglichkeit als der von der CDU/FDP und Löhner Bürgerallianz geforderten Politik der „Schwarzen Null“ zu folgen und somit das Gemeinwesen weiter kaputt zu sparen.

(worauf ich gleich zu sprechen komme)

Der Rat der Stadt Löhne trat ab 2013 entgegen der besseren Erkenntnis von 2012, als er mehrheitlich für eine Vermögenssteuer eintrat und auch die Menschen im Kreis Herford dazu aufrief dafür zu demonstrieren, für eine andere angebliche „Lösung“ der Finanzmisere unserer Stadt ein.

Der Beitritt zum sogenannten „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ soll nun die Finanzsorgen unserer Stadt beseitigen.

Dieser Pakt beinhaltet, dass Löhne zwar Geldzuweisungen vom Land NRW bekommt, aber die Stadt sich dafür verpflichten musste, bei Investitionen zu sparen und das städtischen Personal zu reduzieren.

Notwendige Investitionen in die Infrastruktur, - bei Schulen und Verkehrswegen wurden auf die lange Bank geschoben.

Die Linke machte damals und auch in der heutigen Haushaltsberatung darauf aufmerksam, dass Löhne dringend mehr Fachpersonal im Planungs- und Bauamt und eine Neuaufstellung der Umweltverwaltung benötigt.

Erneut beantragen wir die Wiedereinführung eines gut aufgestellten Umweltamtes.

Im Planungsamt sind 4 neue qualifizierte Stellen einzurichten.

Von der Bundes- und Landespolitik können wir auf absehbare Zeit keine Verbesserung der Finanzsituation erwarten.

**„Die SPD wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut für eine Regierung unter Angela Merkel entscheiden.**

**Das ist bitter für die Menschen, die auf eine Veränderung gehofft hatten.**

**Eine soziale Politik wird es in einer erneuten Großen Koalition nicht geben.**

**Mit der Entscheidung am vergangenen Sonntag macht die SPD erneut deutlich, dass sie mit dem unsozialen Kurs der vergangenen Jahre nicht brechen wird.**

**Umverteilung des Reichtums in diesem Land, Verbesserungen für Beschäftigte und der Ausbau der öffentlichen und sozialen Infrastruktur und eine ökologische zukunftsfähige Politikwende wären notwendig.**

**Jetzt geht es darum, dem eine starke soziale Opposition entgegenzusetzen.**

**Dies wird DIE LINKE im auch hier im Stadtrat tun.**

**Eine Politik der „Schwarzen Null“ ist so mit uns nicht zu machen.**

**Wir wollen unsere Stadt erneuern und ausbauen.**

**Insbesondere außerparlamentarischer Widerstand ist notwendig, um eine weiteren große Koalition zu verhindern.**

**Es ist Zeit für einen Politikwechsel und sozialen Aufbruch!**

**Meine Damen und Herren,**

**lassen Sie uns mit der Politikwende vor Ort beginnen:**

**Trotz der allgemeinen politischen Misere sollten wir den Mut nicht aufgeben und zuversichtlich das Mögliche gestalten.**

**Unterstützung bekommen wir von dem neu gewählten Präsidenten des Deutschen Städtetages Markus Lewe, Oberbürgermeister von Münster.**

**Auch er fordert für die deutschen Städte eine dauerhafte Entlastung.**

**„Wir haben einen gigantischen Investitionsstau von 126 Milliarden Euro.“ so Markus Lewe in der Neuen Westfälischen vom 16. Januar 2018.**

**In diesem Interview forderte er vom Bund mehr Geld für Investitionen in den Städten.**

**Lewe,, Die Städte allein werden diesen Investitionsbedarf nicht bewältigen.**

**Wir brauchen Geld für Schulen, Straßen, Sporthallen und mehr.**

**Entscheidend ist: Wir brauchen vom Bund nicht nur punktuelle Unterstützung.**

**Die Hilfe muss nachhaltig sein, damit wir planen können.**

**Stellen Sie sich vor, die Stadt Münster würde morgen 50 Millionen Euro vom Bund für Infrastrukturmaßnahmen bekommen und kurzfristig verbauen sollen.**

**Das würde uns überfordern, denn wir haben gar nicht so viele Fachkräfte in der Bauverwaltung , dass wir Projekte kurzfristig auf den Weg bringen könnten.**

**Wir brauchen Planungssicherheit, um zum Beispiel auch für notwendige Fachkräfte zu sorgen“ so der neue Präsident des Deutschen Städtetages in dem Interview.**

**Der Planungsdezernent Wolfgang Helten hatte bereits vor Jahren darauf hingewiesen, dass diese Situation auch für Löhne zutrifft und entsprechend Fachkräfte angefordert.**

**Entsprechende Anträge der Linken wurden abgelehnt.**

**Um zum Beispiel an den Schulen das Notwendige durchzuführen, brauchen wir mehr begleitendes Fachpersonal.**

**Der Sanierungsstau an der Grundschule Obernbeck muss schnellstens behoben werden, dort sieht es desaströs aus.**

**Sieben Schulen sollen im nächsten Jahr saniert werden.**

**Für dringende Maßnahmen hat das Land NRW, zwar zu wenig aber immerhin zwei Milliarden Euro bereitgestellt.**

**Doch die Kommunen rufen das Geld bislang nur zur Hälfte ab.**

**Einer der Gründe habe ich oben genannt.**

**Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) in NRW kritisierte den Sanierungsstau:**

**„Marode Schulen verhindern qualitativen Unterricht“, beklagte der Landesvorsitzende Stefan Behlau.**

**Einen Grund für den Sanierungsstau sieht er in den Einsparungen im öffentlichen Dienst.**

**„Wenn Gelder vorhanden sind, müssen diese bewegt werden können.“ beklagt er und unterstützt den neu gewählten Präsidenten des Deutschen Städtetages.**

**Meine Damen und Herren,**

**Eine völlig desolante Situation wird im Umgang mit der Inklusion in NRW deutlich.**

**Inklusive Bildung ist ein Menschenrecht und muss umgesetzt werden.**

**Jedoch ist schulische Inklusion für viele Lehrkräfte und Eltern zu einem Reizthema geworden, manchen erscheint sie angesichts vorhandener Umsetzungsprobleme schon gescheitert.**

**Das Deutsche Institut für Menschenrechte wirbt deshalb für eine Versachlichung der Debatte und fordert die Bundesländer auf, ein inklusives Bildungssystem nach den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu schaffen.**

**„Gut gemachte inklusive Bildung kommt allen zugute, Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wie Hochbegabten.**

**Gleichzeitig wird kein Kind ausgeschlossen“, sagt Valentin Aichele, Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte.**

**Die UN-Behindertenrechtskonvention ist seit 2009 in Deutschland rechtsverbindlich.**

**Die Forderung des Deutschen Instituts für Menschenrechte lautete:**

**„Die Bundesländer müssen Gesamtkonzepte zum Aufbau eines inklusiven Schulsystems ausarbeiten, die konkrete Maßnahmen und zeitliche Vorgaben enthalten.**

**Sie müssen personelle wie finanzielle Ressourcen zum Aufbau inklusiver Schulen bereitstellen.“**

**Dazu war die alte rot-grün geführte Landesregierung nicht bereit.**

**Sie stellten sich nicht der Notwendigkeit, den gesellschaftlich Reichtum zu besteuern , um ein zukunftsfähiges Schulsystem aufbauen zu können.**

**Durch Nichtbereitstellen der finanziellen Ressourcen wurde in NRW die Inklusion an die Wand gefahren.**

**Die rot-grüne Landesregierung hatte Befürchtungen der Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte sowie anderer Berufsgruppen nicht ernst genommen.**

**Die rot-grüne Landesregierung wurde auch aus diesem Grund bei den letzten Landtagswahlen abgestraft.**

**Erst wenn die notwendigen Geldmittel bereitgestellt werden kann sich eine schrittweise Abschaffung der Sonderschulen als sinnvoll erweisen.**

**Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Handicap benötigt einen erheblichen Investitionsschub und die Neueinstellung von vielen gut ausgebildeten PädagogInnen und SozialarbeiterInnen.**

**Wir müssen jetzt feststellen, dass die Schließung der Werretalschule verfrüht war.**

**Die Schüler mit Handicap werden je nach Alter auf Grundschulen oder weiterführende Schulen verteilt, ohne dass diese den Nachweis zusätzlich qualifizierter Fachkräfte vorlegen konnten.**

**In Löhne sind das die Grundschulen Löhne-Ort, Gohfeld und Mennighüffen-Ost sowie die Berthold-Brecht-Gesamtschule und die Goethe-Realschule.**

**Es sollen keine weiteren Schulen des gemeinsamen Lernens ausgewiesen werden.**



**Warum sollen sich - laut Anweisung der Bezirksregierung – nicht alle Grundschulen, das Gymnasium und die Realschule in Löhne Ort an der Inklusion beteiligen?**

**Die ausgewiesenen Schulen des gemeinsamen Lernens benötigen für eine gelingende Inklusion mehr Personal und mehr Ressourcen, werden jedoch stattdessen noch mehr belastet.**

**Für Löhne bedeutet die Entscheidung der Bezirksregierung , dass in den Schulen, die bereits gemeinsames Lernen anbieten, die Zahl der Schüler mit Förderbedarf steigen wird.**

**„Wir werden dann statt zwei, drei Schüler pro Klasse mit erhöhtem Förderbedarf haben“, so die Schulverwaltungsamtsleiterin Barbara Steffen in der letzten Schulausschusssitzung.**

**Das Landesprogramm „Gute Schule 2020“ stellt zwar Investitionsmittel für die Digitalisierung an den Schulen zur Verfügung.**

**Es ist jedoch erkennbar, dass auch die neue Landesregierung für die Verwirklichung einer gelungenen Inklusion nicht die notwendigen Geldmittel bereitstellen will.**

**Die Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention zur Wahrung der Menschenrechte werden an unseren Schulen weiterhin nicht verwirklicht werden.**

**Notwendige Bildungsausgaben werden dem Rotstift geopfert.**

**Meine Damen und Herren,**

**ein weiteres entscheidendes Betätigungsfeld, um die Zukunft für die Menschen in unserer Stadt möglich zu machen, ist neben der Bildung ein verantwortungsbewusster Klimaschutz.**

**Während Tausende Bürger vor dem 23. Weltklimagipfel im November letzten Jahres in Bonn eindringlich einen schnellen Ausstieg aus der Verstromung fossiler Brennstoffe forderten, sprachen sich Politiker einmal mehr für einen Schutz der Wirtschaft vor zu viele Umweltauflagen aus.**

**Die Klimaziele für 2020 werden bei den derzeitigen Koalitionsverhandlungen in Frage gestellt.**

**Besonders in NRW wird der Kohleausstieg verzögert.**

**Wen wundert es, dass die ehemalige Regierungschefin Hannelore Kraft im Aufsichtsrat des Kohle Konzerns RAG tätig werden möchte.**

**Die Bürgerinnen unseres Landes werden sich ihren Teil dabei denken.**

**In Löhne haben wir uns seit Jahren bemüht, einen aktiven Klimaschutz voranzubringen.**

**Gemeinsam haben sich in dieser Frage viele Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Organisationen und Parteien seit vielen Jahren an den Löhner Klimaschutztagen des Löhner Klimabündnisses beteiligt.**

**Es wurde u.a. erreicht dass unser Rathaus beispielhaft im Passivhaus-Standard saniert wurde.**

**Das Löhner Bahnhofsgebäude wird endlich als ein Multiplikator für eine attraktive Innenstadt und eine Verkehrswende von der Mehrheit dieses Rates, nicht von der LBA, angesehen.**

**Die Linke ist dafür, dass das Bahnhofsgebäude von der Stadt gekauft wird, um es für potentielle Investoren bereitstellen und weiterverkaufen zu können.**

**Die Sanierung des Bahnhofsgebäudes sollte so bald als möglich beginnen.**

**Die Linke begrüßt die Ideen zur Bahnhofssanierung der Architektin Leyla Bulut.**

**Verwirklicht sehen möchten wir insbesondere die vorgeschlagene Fahrradparkstation und die Idee einer Grünachse vom Bahnhofsgebäude zur Radverbindung an der Werre.**

**Die Erneuerung des maroden Radwegenetzes in Löhne steht auf der Tagesordnung.**

**Der vorgesehene Radschnellweg, für den das Land NRW Geldmittel bereitstellen will, bringt endlich Bewegung in diese Frage.**

**Fördermittel fließen beim Radschnellweg nur, wenn die Planungsvorgabe eingehalten wird.**

**Mit der Erstellung eines Radschnellweges ist die Stadt Löhne gefordert, die Radwege in der Stadt insgesamt zeitgemäß zu erneuern und auszubauen.**

Schon jetzt muss damit entschieden begonnen werden.

Mit der Sanierung des Fuß- und Radweges an der Werre darf nicht länger gewartet werden.

Die Linke beantragt einen nachhaltige Sanierungsplan für die Geh- und Radwege entlang der Werre, der auch zügig umgesetzt wird.

Meine Damen und Herren,

Die „Aktion Mobil ohne Auto“ und später das Löhner Klimabündnis setzten sich seit Beginn der 90-er Jahre für eine Verkehrswende in unserer Stadt ein.

Viel Unterstützung bekamen wir von der ehemaligen Mitarbeiterin der Stadtverwaltung Frau Petra Schepsmeier, der ich an dieser Stelle nochmals dafür danken möchte.

Die Linke stellt die Anträge:

- „Für den Umwelt- und Klimaschutz werde 3 Verwaltungsstellen mehr eingerichtet.“

- „Die Verwaltung der Stadt Löhne wird beauftragt einen Masterplan für klimafreundliche Mobilität zu erstellen.“

Die ökologischen Herausforderungen werden immer dringender.

Die Erhaltung sauberer Luft- und Wasserqualität wird zu einer Kernaufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge.

Auch die Stadt Löhne braucht wieder ein eigenständiges Umweltamt.

Eine gute Beratung der Bürgerinnen und Bürger und der politischen Gremien unserer Stadt, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, muss sichergestellt werden.

Karl-Heinz Niehus, Mitglied de Arbeitskreises Biodiversität, machte immer wieder auf die gravierenden Artenverluste in der Agrarräumen aufmerksam.

Er fordert den Schutz der Ökosphäre als Menschenrecht.

Wir unterstützen seinen Vorschlag für einen überparteilichen Aufruf an die, auf Löhner Flächen produzierenden Landwirte und Gartennutzer , auf den Einsatz von Glyphosat zu verzichten.

Die Linke Löhne stellt den Antrag:

1) „Künftig wird in Verträge über die Verpachtung städtischer Flächen aufgenommen, dass auf den Flächen kein Glyphosat eingesetzt werden darf. Sowohl bei Neuverpachtungen als auch bei der Verlängerung auslaufender Pachtverträge wird der Glyphosatverzicht vertraglich abgesichert.

2) Die Stadt verzichtet bei der Grünanlagenpflege auf den Einsatz von Glyphosat.“

Die Linke unterstützt den Antrag für den Erhalt bzw. Wiederherstellung der Obstbaumalleen in Löhne, der gestellt wurde von dem Arbeitskreis Biodiversität der Stadt Löhne, der Initiative VHS Natur- und Naturgartenforum Löhne und der BUND-Regionalgruppe Löhne.

Meine Damen und Herren,  
seit vielen Jahren pflegt die Stadt Löhne die Städtepartnerschaft mit Condega in Nicaragua.

Die Stadt Löhne hat hier ein gutes Beispiel gegeben.

Internationale Solidarität ist beste Antwort auf wachsende Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in unserem Land.

Die „Initiative Freundschaft der Regionen Derik/Rojava und Herford“ warb für partnerschaftliche Beziehungen, um den Menschen im Mittleren Osten Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben zu geben.

Rojava ist in Syrien ein Stabilitätsfaktor und war eine entscheidende Kraft beim Sieg über die Terrormiliz IS.

In Rojava wurde ein Gemeinwesen geschaffen, das gemeinsam von Kurden, Christen und sunnitischen Arabern demokratisch regiert wird.

Die Türkei bekämpft diese demokratische Modell mit allen Mitteln und greift Rojava seit letzter Woche wieder mit ihren Streikkräften an, erweitert den Krieg in Syrien.

Daniel Böhmer schrieb in dem Internet-Nachrichtenmagazin „Welt“ :

„Dieser Angriff schafft keine Sicherheit in der Türkei, aber er ist ein Angriff auf das Wenige , das gut ist in Syrien.“

**Die Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag Sahra Wagenknecht forderte von der Bundesregierung eine unmissverständliche Verurteilung dieses völkerrechtswidrigen Angriffskrieges, den Stopp von Waffenlieferungen an Ankara und den Abzug aller Bundeswehrsoldaten, die noch in der Türkei stationiert sind.**

**Niemand in Deutschland darf wegschauen, was den Kurden angetan wird.**

**Ein Völkermord wie an den Armeniern, an den Eziden, an den christlichen Gemeinden im Mittleren Osten darf sich nicht wiederholen.**

**Wir werden uns entscheiden müssen, welchen Weg wir gehen wollen:**

**Zusammenarbeit der Völker oder menschenverachtende Abschottung und Abschiebungen von Flüchtlinge in Kriegsgebiete.**

**Meine Damen und Herren,**

**Fremdenfeindliche Positionen, die zunehmend aus der Mitte der Gesellschaft kommen, müssen entschieden bekämpft werden.**

**Wenn rechte Hetzer an die Macht kommen, dominiert der Profit weniger Multimilliardäre das Regierungshandeln:**

**Wir sollten also genau hinschauen, was sie in ihren Programmen zu bieten haben, die Strategen von Pegida, AfD, Reichsbürgern und anderen rechtspopulisten sogenannten Bürgerallianzen.**

**Der Kern ihrer programmatischen Aussagen beinhaltet neben ihrer üblichen Hetze: Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, - den Verkauf des „Städtischen Tafelsilbers“, steuerliche Entlastung der großen Unternehmen.**

**Meine Damen und Herren,**

**Wir müssen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Gemeinwesen stärken.**

**Dies ist eine entscheidende Voraussetzung, für eine gute Entwicklung unserer Stadt.**

**Insbesondere für bedürftige Menschen müssen die notwendigen Haushaltsmittel bereit gestellt werden, um ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können.)**

**Die Linke möchte in die Zukunft investieren, eine sozial gerechtere und ökologisch nachhaltige Stadt auf den Weg zu bringen.**

**Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Löhne, die an dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2018 mitgearbeitet haben, und die finanzielle Situation unserer Stadt darlegten, mögliche Optionen aufzeigten, möchten wir für ihre Zuarbeit danken.**

**Vom Ergebnis der Beratung der Anträge machen wir die Zustimmung zum Haushalt 2018 abhängig.**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister,**

**meine Damen und Herren,**

**Vielen Dank für die gewährte Aufmerksamkeit!**

***Die Anträge sind unten beigefügt:***

## **Anträge der Fraktion Die Linke zum Haushalt 2018:**

**1.) „Die Einstellung von 4 Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern im Bau- und Planungsamt.“**

**2.) „Im Jugend- und Sozialamt werden zur Begleitung von Menschen in schwierigen sozialen Situationen jeweils 2 neue Stellen bereitgestellt.“**

**3.) „Für die Bearbeitung von Umweltfragen werden 3 neue Stellen eingerichtet.“**

**4.) „Zur Finanzierung dieser neuen Stellen wird der Hebesatz der Gewerbesteuer auf 460 angehoben.“**

**5.) „Ein Umweltamt wird wieder eingerichtet.“**

**6.) „Die Verwaltung der Stadt Löhne wird beauftragt einen Masterplan für klimafreundliche Mobilität zu erstellen. Angebote für einen öffentlichen Personennahverkehrs in den Abendstunden wird angestrebt.“**

**7.) „Die Verwaltung wird beauftragt, einen nachhaltige Sanierungsplan für die Geh- und Radwege entlang der Werre zu erstellen, der auch zeitnah umgesetzt wird.“**

**8.) „Die Errichtung einer Grünachse vom Bahnhofsgebäude zur Radverbindung an der Werre, wie von der Architektin Leyla Bulut vorgesehen. Die Verwaltung wird beauftragt, die dazu notwendigen Grundstücksverhandlungen aufzunehmen.“**

**9.) „Künftig wird in Verträge über die Verpachtung städtischer Flächen aufgenommen, dass auf den Flächen kein Glyphosat eingesetzt werden darf. Sowohl bei Neuverpachtungen als auch bei der Verlängerung auslaufender Pachtverträge wird der Glyphosatverzicht vertraglich abgesichert.**

**Die Stadt verzichtet bei der Grünanlagenpflege auf den Einsatz von Glyphosat.“**